

Haushaltsrede von Utz Kowalewski, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE & PIRATEN

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

LINKS wirkt. Mit den diesjährigen Haushaltsberatungen wird eine langjährige Forderung von ver.di, des Personalrates und der Fraktion DIE LINKE & PIRATEN endlich Wirklichkeit. Dortmund bekommt ein eigenes Personaldezernat. Nach vielen Jahren radikaler Personalkürzungen gibt es nun dieses erste zarte Pflänzchen der Hoffnung für die Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung. Entscheidend wird allerdings sein, dass es auch mit einer Dezernentin oder einem Dezernenten besetzt wird, die oder der bereit ist, für das Personal der Stadtverwaltung zu kämpfen. Wir sind gespannt auf den Auswahlprozess.

Dass dieser Schritt bitter nötig ist, sieht man sehr gut am Tiefbauamt. Die Politik revidiert nun einen Teil der bisherigen Personalkürzungen. Und die CDU kommt mit Schützenhilfe der SPD mit ihrem Antrag durch, künftig vor allem Projektmanager dort zu beschäftigen. Wir sind der Meinung, dass externe Vergaben nicht der Weisheit letzter Schluss sind und Privat vor Staat in Deutschland schon viel Unheil angerichtet hat.

Schön wäre es allerdings, wenn endlich auch mal wieder eine Straße repariert würde. Nach vielen Budgetkürzungen für die Instandhaltungen in den letzten Jahren und nach den ganzen Personalkürzungen wird dort also nun das Unterste nach oben gekehrt, nachdem nicht einmal die gekürzten Budgets vom noch vorhandenen Personal abgearbeitet werden können. Warum, meine Damen und Herren, glauben Sie eigentlich, dass Sie keinen Anteil am jetzigen Zustand hätten, nach all dem Chaos, das dort angerichtet wurde?

Ich habe noch die Freude einiger Kollegen in den Ohren – nach dem Ende der Ära Keune, könne man dort ja nun die Dinge so verändern, dass es den ordnungspolitischen Vorstellungen der CDU entspricht. Damit waren natürlich Personalkürzungen und Fremdvergaben gemeint. Das Zwischenergebnis ist beachtlich – nichts funktioniert mehr wirklich. Die Infrastruktur in Dortmund verrottet seit einigen Jahren kontinuierlich.

In diesen Zusammenhang spielt sicherlich auch die Ausgründung des Eigenbetriebes Stadtentwässerung hinein, der wie erwartet, eine Gebührenerhöhung für die Bürger* nach der nächsten produziert. Wir haben lange davor gewarnt, aber die große Koalition wollte hier mal wieder nicht hören.

Mal sehen, wie der Personalrat weiterhin mit der sich abzeichnenden weiteren Nummer des Tiefbauamtes umgehen wird.

Meine Damen und Herren, trotz des gegenwärtigen bundesweiten Konjunkturhochs sind die brennenden sozialen Probleme Dortmunds weiterhin ungelöst. Die Haushaltspolitik der Stadt Dortmund und ihrer Mehrheitsfraktionen findet derzeit keine Mittel, diesen Problemen zu begegnen.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsstellen liegt zwar auf einem Rekordniveau. Gleichzeitig ist aber auch die Zahl derjenigen Menschen, die auf Transferzahlungen wie Hartz IV, Grundsicherung im Alter oder Wohngeld angewiesen sind, ebenfalls so hoch wie nie zuvor.

Ungebrochen ist ebenfalls die Situation, dass das Pro-Kopfeinkommen der Bevölkerung zu den niedrigsten in NRW gehört. Gleichzeitig steigen die Mieten in Dortmund immer schneller an. Menschen mit niedrigen Einkommen können sich am Dortmunder Wohnungsmarkt nicht mehr adäquat versorgen. Es herrscht eine neue Wohnungsnot in der Stadt. LINKE & PIRATEN haben beantragt, wenigstens einmal verwaltungsseitig prüfen zu lassen, ob es möglich ist, eine Leerstands-Abgabe zu erheben und damit einen Beitrag zur Bekämpfung der Wohnungsnot zu leisten. Pustekuchen – daran scheinen SPD und CDU kein Interesse zu haben.

In dieser Situation schreibt der Bund weiterhin Haushaltsüberschüsse, während die Kommunen finanziell unterversorgt bleiben und in der Vergeblichkeitsfalle verharren. Dortmund wieder mit einem Fehlbetrag jenseits von 65 Mio. Euro. Daran ändert auch eine längst überfällige Entlastung der Kommunen von der Eingliederungshilfe ab 2018 nichts. Nach dem ideologischen Mantra „Privat vor Staat“ wird auch in Dortmund seit Jahren beim Personal gekürzt und dies mit allerlei populistischen Phrasen begründet. So seien die Personalkürzungen Ausdruck davon, von innen nach außen sparen zu wollen – letztlich ist dies aber nur die Begründung für den Wunsch, öffentliche Tätigkeiten privatisieren zu wollen, anstatt diese unter dem Strich vergleichsweise kostengünstig in Eigenregie zu handhaben.

Kürzungen, Kürzungen, Kürzungen - hochtrabend Memorandum genannt, aber letztlich doch nur plumpe Kürzungen. Bei der Grünpflege, beim RVR, bei Sach- und Dienstleistungen (5 Mio.), eine neue Miete für Stellplätze für städtische Mitarbeiter*innen, unterqualifizierte Bundeswehrmitarbeiter*innen sollen Lohn drückend zur Feuerwehr, Privatisierung des Transportes „ordnungsrelevanter Fundtiere“, usw. ...

Die Grünen sind nun immerhin auch zur Vernunft zurückgekehrt. Sie lehnen wie die LINKEN & PIRATEN diesen unsozialen Haushalt ab. Stattdessen haben sie als einzige den meisten unserer Haushaltsanträge zugestimmt.

Und das zeigt eines – anders als die nach mir sprechenden Kollegen vermutlich gleich darzustellen versuchen, haben wir einige wichtige Denkansätze für die Zukunft Dortmunds geliefert. Die wurden aber aus ideologischen Gründen von der großen Koalition in Dortmund abgelehnt. Es ist halt wie im Bund so auch in der Kommune – dort wo die Merkel-Truppe zusammen mit den Gabriels, Steinmeiers oder Schulzens regiert, geht nichts voran.

Es geht rückwärts.

Rückwärts bei den Arbeitnehmerrechten – in Dortmund grassiert die prekäre Beschäftigung bei erschreckend niedrigen Reallöhnen.

Es geht rückwärts bei der Unterbeschäftigungsquote, die auch in Dortmund weiterhin ansteigt.

Rückwärts auf dem Wohnungsmarkt – so schwer war es für Menschen mit niedrigem Einkommen in Dortmund lange nicht mehr, eine vernünftige Wohnung zu finden.

Es geht rückwärts bei einer zukunftstauglichen Personalausstattung in der Verwaltung.

Und wenn das Soziale unter Schwarz-Rot unter die Räder kommt, dann geht es auch rückwärts bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus.

Denn das ist die Folge dieser Politik – die Ursache der braunen Brut ist die Sozialpolitik von SPD und CDU, die die Menschen in der unteren Hälfte der Gesellschaft zutiefst frustriert.

Dabei sind die Rechtspopulisten nicht mal in der Lage, auch nur einen einzigen Vorschlag in einer Haushaltsberatung des Finanzausschusses zu machen. Da kommt nichts – wirklich gar nichts. Erst kurzfristig ein Alibi-Statement für die Kulisse hier im Rat, nachdem die Messe längst gelesen wurde. Nicht, dass hier irgendwer die zu erwartenden Widerwärtigkeiten vermissen würde, aber es zeigt, dass selbst für Protestwähler jede Stimme für diese Leute eine verlorene Stimme ist. Ähnlich aber auch die SPD. Sie hat zwei Anträge der Feuerwehr übernommen. Ansonsten hat man sich darauf beschränkt, sämtliche Kröten abzunicken, die die Verwaltung serviert hat.

Doch halt – da war doch noch was. Die SPD-Fraktion hat lauter kleine Resolutionen erzeugt und unsere Programmatik als eigene Anträge aufgeschrieben. Und an wen richtet sich die Kritik der SPD? An die SPD – aber auf Landesebene und auf Bundesebene. Wir teilen diese Kritik und haben unserer eigenen Programmatik natürlich zugestimmt, auch wenn sie hier populistisch einfach nur zu Wahlkampfzwecken aufgeschrieben wird.

Verbal links zu blinken, aber dann die behinderten Menschen einfach finanzpolitisch zu rasieren, das kauft Euch aber keiner ab. Das ist blanke Heuchelei und dafür wird Euch auch in Dortmund keiner wählen.

Trotz aller verbalen Krokodilstränen steht der Behindertenfahrdienst im Memorandum zur Kürzung ab dem Jahr 2018. Und ich sag es nochmal: Das ist reine Heuchelei.

Denn da müsst Ihr Euch entscheiden – entweder ist die Kürzung Mist, dann dürft Ihr für solchen Mist nicht die Hand heben. Oder Ihr findet sie richtig und dann solltet Ihr den Leuten sagen, dass Menschen mit Behinderungen für Euch keine Bedeutung haben. Wir wollen, dass Dortmund die von Deutschland ratifizierte UN-Behindertenrechtskonvention einhält. Die Große Koalition will das nicht, daher hat sie unseren Antrag, dies zu tun, abgelehnt.

Dazu passt auch hervorragend die Idee der großen Koalition, ein Beitragsmoratorium für den LWL zu erlassen. Ob der LWL dann ein Leistungsmoratorium für die Menschen aus Dortmund erlässt, die von den Angeboten des LWL in Dortmund profitieren? Auch das sind kranke Menschen oder Menschen mit Einschränkungen, an denen hier gespart werden soll.

Anstatt die Leuchttürme der Stadt – Flughafen oder U-Turm – einfach wieder auf Normalmaß zu bringen, will die herrschende Politik lieber in anderen Bereichen kürzen – und gibt zusätzlich beim Kirchentag oder beim DFB-Museum das Geld mit vollen Händen aus.

Wie sieht das aus beim Fußball-Museum? 1,6 Mio. Euro Jahresfehlbetrag im ersten Jahr – da hat der Laden aber richtig gebrummt, weil jeder mal rein wollte. Das sagen ja auch die Besucherzahlen. Und immerhin trägt das Museum auch schon knapp 4 Mio. Verlustvortrag mit sich herum. Wie schön, dass es eine Kapitalrücklage gibt. Aber wie lange noch?

Und beim U-Turm haben Sie abgelehnt, wenigstens die Betriebskosten auf den Wirtschaftsplan 2011 zurückzuführen. Da fragt man sich doch, ob die Verwaltung 2011 den Rat bewusst in die Irre geführt hat, als sie den Wirtschaftsplan aufgestellt hatte. Oder hat sie einfach keinen Plan und einfach irgendwas aufgeschrieben, weil man etwas vorlegen musste?

Oder konnte sie einfach nicht rechnen? Inzwischen über 90 Mio. Euro sind für die Herrichtung des Gebäudes versenkt worden. Das ist das Jahreseinkommen von über 20.000 Hartz IV-Empfänger*innen.

Beim Kirchentag verschenken Sie immerhin nur das Jahreseinkommen von 600 Hartz IV-Bezieher*innen. Das allerdings an eine Kirche, die Millionengewinne eingefahren hat. Oder um es antichristlich auszudrücken – denen die haben, soll gegeben werden, auf dass die Kürzungen diejenigen treffen, die in bitterer Not leben. Schlimmer sieht es wieder beim Flughafen aus. Hier wird Jahr für Jahr das Jahreseinkommen von knapp 4.000 Hartz IV-Bezieher*innen in den Sand gesetzt. Aber es gibt auch noch die Kollateralschäden Lärm und Klimazerstörung.

Wenn wir schon über Hartz IV sprechen. Der VRR hat den Preis für das Sozialticket mal wieder erhöht. Und das im zuständigen Fachausschuss mit nur einer Gegenstimme unserer Fraktion – die Vertreter von SPD, CDU und Grünen auch aus Dortmund haben zugestimmt. Da sieht man die ganze Missachtung für einen großen Teil unserer Bevölkerung.

Und das setzt sich so fort: Geldgeschenke für die reiche Kirche und Gebührenerhöhungen für Kinder in der offenen Ganztagschule. Viel Geld für bunte Prospekte der Wirtschaftsförderung, aber kein Geld für die Altersteilzeit der Beamt*innen.

Ich ende mit einem Zitat eines früheren SPD-Fraktionsvorsitzenden: „Ich bin froh, dass die SPD keine absolute Mehrheit mehr hat. Denn so kann ich meiner Parteibasis sagen, dass der Haushalt nur zu genehmigen war, indem ich Zugeständnisse an die Schwarzen mache. So kriege ich viel mehr von meinen Dingen durch, als wenn ich diese selbst vor meinen Leuten verantworten müsste.“

In diesem Sinne, meine Damen und Herren – die Fraktion DIE LINKE & PIRATEN lehnt den Haushalt, den Stellenplan und die Kürzungen des Memorandums ab.